

Vorträge der Senatskanzlei

für die Sitzung des Senats am 13. Juli 2021

Beschlüsse des Senats zu den Beschlüssen der Sitzungen der Bremischen Bürgerschaft vom 06. bis 08. Juli 2021

Beschluss:

Der Senat nimmt die Beschlüsse der Sitzungen der Bremischen Bürgerschaft vom 06. bis 08. Juli 2021 zur Kenntnis und fasst folgende Einzelbeschlüsse:

Stadtbürgerschaft am 06. Juli 2021

Nr. 20/235 S

Fragestunde

1. Abschleppen von Schrottautos
Anfrage der Abgeordneten Kevin Lenkeit, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD vom 26. Mai 2021
2. Zustand des Radwegenetzes im stadtbremischen Überseehafengebiet
Anfrage der Abgeordneten Thore Schäck, Lencke Wischhusen und Fraktion der FDP vom 26. Mai 2021
3. Zukunft des Rad- und Gehweges bei der ehemaligen "Teppich-Börse Bremen" in der Duckwitzstraße
Anfrage der Abgeordneten Dr. Magnus Buhkert, Thore Schäck, Lencke Wischhusen und Fraktion der FDP vom 26. Mai 2021
4. Wie ist der aktuelle Stand bei der Gründung des Lernhauses Kattenturm?
Anfrage der Abgeordneten Christopher Hupe, Dr. Solveig Eschen, Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 31. Mai 2021
5. Lärmschutz in Sebaldsbrück
Anfrage der Abgeordneten Ingo Tebje, Ralf Schumann, Sofia Leonidakis und Fraktion DIE LINKE vom 1. Juni 2021
6. Queere Kultur- und Schutzräume: Wie geht es weiter mit der Dete und dem Verein „Patriarciao“?
Anfrage der Abgeordneten Maja Tegeler, Olaf Zimmer, Sofia Leonidakis und Fraktion DIE LINKE vom 1. Juni 2021
7. Übernahme von Kosten für Anwohner:innen bei einer Straßenumbenennung
Anfrage der Abgeordneten Miriam Strunge, Sofia Leonidakis und Fraktion DIE LINKE vom 1. Juni 2021

8. Finanziert der Senat linksextreme Jugendarbeit?

Anfrage der Abgeordneten Sandra Ahrens, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 9. Juni 2021

Die Stadtbürgerschaft nimmt von den Antworten des Senats Kenntnis.

9. Schwimmen nur mit Kreditkarte?

Anfrage der Abgeordneten Cindi Tuncel, Sofia Leonidakis und Fraktion DIE LINKE vom 10. Juni 2021

10. Projektförderungen durch den Innovationstopf der Senatskanzlei

Anfrage der Abgeordneten Sahhanim Görgü-Philipp, Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 10. Juni 2021

11. Ist die Jugendschutz-Software der schulischen iPads unzureichend und eine existenzielle Gefahr für Bremer Schüler:innen sowohl hinsichtlich ihrer Entwicklung als auch bezogen auf die Wahrung des Kindeswohls?

Anfrage des Abgeordneten Peter Beck (LKR) vom 16. Juni 2021

Diese Anfragen hat der Senat gemäß § 23 Absatz 4 der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft schriftlich beantwortet.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/236 S

Aktuelle Stunde

Die Stadtbürgerschaft führt eine Aktuelle Stunde über folgende Themen durch:

1. Auf Antrag des Abgeordneten Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU:

„Gewerbeflächen sichern Arbeitsplätze und Wachstum – Koalitionsstreit beenden und Gewerbeentwicklungsplan vorlegen!“;

2. auf Antrag der Abgeordneten Birgit Bergmann, Lencke Wischhusen und Fraktion der FDP:

"Fehlen mehr Kita-Plätze als je zuvor? Behörde muss endlich transparent planen!".

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/237 S

Mehr „Essbare Stadt“-Projekte für Bremen

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE und der SPD
vom 4. Mai 2021

(Drucksache [20/448 S](#))

D a z u

Änderungsantrag der Fraktion der CDU

vom 22. Juni 2021

(Neufassung der Drucksache [20/464 S](#) vom 1. Juni 2021)

(Drucksache [20/470 S](#))

Die Stadtbürgerschaft stimmt den Änderungsantrag ab.

Die Stadtbürgerschaft stimmt dem Antrag mit Änderungen wie folgt zu:

Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf,

1. ein Gesamtkonzept „Essbare Stadt“ unter ökologischen und auch sozialen Gesichtspunkten zu entwickeln; dabei
 - a) einen Kriterienkatalog zu entwickeln, anhand deren sich Akteur:innen für die „Essbare Stadt“- Projekte bewerben können;
 - b) zu prüfen, welche weiteren Flächen in Bremen, inklusive Brachflächen, für „Essbare Stadt“-Projekte zur Verfügung gestellt werden können und dabei insbesondere die Frage möglicher Bodenbelastungen sowie etwaiger Konkurrenz zur Erholungssuche mit zu beachten;
 - c) zu eruieren, auf welchen Schulhöfen und Außenbereichen von Kindertagesstätten Obst- und/oder Gemüseanbau machbar sind;
 - d) zu prüfen, welche Flächen oder städtischen Gebäude sich auch fürs „vertical farming“ oder „vertical gardening“ eignen;
 - e) nach Prüfung geeignete Flächen für die konkrete Umsetzung von „Essbare Stadt“-Projekten, vorrangig in den Ortsteilen Blumenthal, Blockdiek, Grohn, Gröpelingen, Hemelingen, Huchting, Huckelriede, Kattenturm, Lüssum, Marßel, Oslebshausen, Tenever und Vahr, auszuweisen; dabei bitte aus den genannten Ortsteilen mindestens fünf auswählen, in denen innerhalb von sechs Monaten nach Beschlussfassung der Stadtbürgerschaft neue „Essbare Stadt“-Projekte auf den Weg gebracht werden;
 - f) das „Foodsaving“-Projekt von Foodsharing Bremen und dem Landesverband der Gartenfreunde zu unterstützen, möglichst auszuweiten und herauszufinden, welche Projekte zur Weiterverarbeitung mit und Verwertung von übrig gebliebenen Obst und Gemüse weiter umgesetzt werden können; die Bremer Tafel sollte mit einbezogen werden;
 - g) zu prüfen, welche Qualitätskriterien das zu verwendende Saatgut und die zu verwendenden Pflanzen erfüllen sollen;
 - h) zu prüfen, inwiefern geeignete Flächen von Wohnungsbaugesellschaften und öffentlicher Betriebe einbezogen werden können;
2. der städtischen Deputation für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft und Tierökologie binnen eines Jahres nach Beschlussfassung Bericht zu erstatten.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis und überweist den Beschluss der Stadtbürgerschaft an die Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau zur weiteren Veranlassung.

Nr. 20/238 S

Straßenbahnlinie 5 zukunftsfähig machen

Antrag der Fraktionen der SPD, DIE LINKE und Bündnis 90/Die Grünen

vom 1. Juni 2021

(Drucksache [20/465 S](#))

Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf,

1. nach Fertigstellung der Bauarbeiten am Gröpelinger Depot (voraussichtlich Mitte 2023) in Abstimmung mit dem ZVBN die BSAG zu beauftragen, die Fahrpläne der Linie 5 unter Berücksichtigung möglicher Auswirkungen auf die Wirtschaftlichkeit einer Verlängerung der Straßenbahn in der Überseestadt dahingehend zu ändern, dass alle vorhandenen Haltestellen im Streckenverlauf des Bremer Westens bedient werden;
2. gemeinsam mit der BSAG zu prüfen, ob die Kapazitäten des Fuhrparks und die Auslastung des Streckenabschnitts Hauptbahnhof–Schwachhausen–Universität für eine Verlängerung der Linie 5 in diesem Bereich ausreichen, sowie mögliche Alternativen darzustellen;
3. die Stadtbürgerschaft sechs Monate nach Beschlussfassung über die betrieblichen Randbedingungen sowie die Kosten für dieses Projekt zu informieren;
4. falls die unter 2. geforderte Prüfung positiv ausfällt, die Linie 5 zeitnah zur Universität zu verlängern und erforderlichenfalls entsprechende Finanzierungsbeschlüsse einzuholen.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis und überweist den Beschluss der Stadtbürgerschaft an die Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau zur weiteren Veranlassung.

Nr. 20/239 S

Einschränkungen für Kinder und Jugendliche vermeiden – Schuljahr 2021/2022 rechtzeitig absichern!

Antrag der Fraktion der FDP

vom 30. Juni 2021

(Drucksache [20/475 S](#))

Die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/240 S

**Bericht des städtischen Petitionsausschusses zu den Petitionen S 20/37,
S 20/64 und S 20/73 wegen Erhalt der Lesumwiesen**

vom 2. Juli 2021

(Drucksache [20/477 S](#))

Die Stadtbürgerschaft beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuss empfohlen.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/241 S

Bericht des städtischen Petitionsausschusses Nr. 17

vom 30. April 2021

(Drucksache [20/442 S](#))

Die Stadtbürgerschaft beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuss empfohlen.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/242 S

Der „HanseSani“: Ein Erfolgsmodell, welches verstetigt werden muss!

Antrag der Fraktion der FDP

vom 15. Juni 2020

(Drucksache [20/189 S](#))

Die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/243 S

Der „HanseSani“: Ein Erfolgsmodell, welches verstetigt werden muss!

Bericht und Antrag der städtischen Deputation für Inneres

vom 27. April 2021

(Drucksache [20/438 S](#))

Die Stadtbürgerschaft nimmt von dem Evaluationsbericht der städtischen Deputation für Inneres Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/244 S

26. Ortsgesetz zur Änderung der Kostenordnung für die Feuerwehr der Stadtgemeinde Bremen

Mitteilung des Senats vom 22. Juni 2021

(Drucksache [20/471 S](#))

Die Stadtbürgerschaft beschließt das Ortsgesetz.

Beschluss:

Der Senat nimmt den Beschluss der Stadtbürgerschaft zur Kenntnis und beschließt die Ausfertigung des Ortsgesetzes und dessen Verkündung im Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen.

Nr. 20/245 S

Bericht des städtischen Petitionsausschusses Nr. 19

vom 2. Juli 2021

(Drucksache [20/476 S](#))

Die Stadtbürgerschaft beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuss empfohlen.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/246 S

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Aufhebung der Nachtflugbeschränkung des Hans-Koschnick-Flughafens von 22:30 Uhr bis 6:00 Uhr hier in Bremen
Antrag des Abgeordneten Peter Beck (LKR)
vom 1. März 2021
(Drucksache [20/414 S](#))
2. Mögliche Kindeswohlgefährdung durch Schul-iPads
Antrag des Abgeordneten Peter Beck (LKR)
vom 21. Juni 2021
(Drucksache [20/469 S](#))

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Bürgerschaft (Landtag) am 07. und 08. Juli 2021

Nr. 20/520

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Zuwendungsrecht modernisieren – unnötige Bürokratie und Hemmnisse für Träger abbauen
Große Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und DIE LINKE
vom 10. November 2020
(Drucksache [20/704](#))
Dazu
Mitteilung des Senats vom 26. Januar 2021
(Drucksache [20/797](#))
2. Richtlinie Barrierefreiheit öffentlicher Gebäude des Landes und der Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven
Mitteilung des Senats vom 2. März 2021
(Drucksache [20/856](#))
3. Unterstützung für Menschen mit Behinderung in den Krankenhäusern Bremens sicherstellen!
Antrag der Fraktion der CDU
vom 25. Februar 2020
(Drucksache [20/288](#))

4. Unterstützung für Menschen mit Behinderung in den Krankenhäusern Bremens sicherstellen!
Bericht der staatlichen Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz vom 10. Mai 2021
(Drucksache [20/957](#))
5. Wie kann unsere demokratische Gesellschaft in Bremen vor linksextremistischen Strömungen geschützt werden?
Große Anfrage der Fraktion der FDP vom 10. Mai 2021
(Drucksache [20/958](#))
6. Ehrenamtliches Engagement im Land Bremen – vielfältig, bunt und unterstützenswert!
Große Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und DIE LINKE vom 19. Mai 2021
(Drucksache [20/968](#))

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/521

Stufenweiser Wiedereinstieg: Sport ermöglichen und Gesundheit schützen!

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und DIE LINKE vom 23. Februar 2021
(Drucksache [20/845](#))

Der Antrag wurde von den Antragstellern zurückgezogen.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/522

Antrag auf Erlass einer verbindlichen Kleiderordnung für Abgeordnete und Mitarbeiter in der Bremer Bürgerschaft

Antrag des Abgeordneten Peter Beck vom 1. März 2021
(Drucksache [20/849](#))

Der Antrag wurde vom Antragsteller zurückgezogen.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/523

Konsensliste

Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft
vom 5. Juli 2021

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt der Konsensliste wie folgt zu:

1. Wahl eines Mitglieds des Kontrollausschusses nach dem Polizeigesetz

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt die Abgeordnete Bergmann anstelle der Abgeordneten Wischhusen als ständigen Gast in den Kontrollausschuss nach dem Polizeigesetz.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

2. Gesetz zur Änderung des Bremischen Beamtengesetzes und der Landeshaushaltsordnung

Mitteilung des Senats vom 8. Juni 2021
(Drucksache [20/999](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

Beschluss:

Der Senat nimmt den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) zur Kenntnis und beschließt die Ausfertigung des Gesetzes und dessen Verkündung im Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen.

3. Bericht zur deutschen Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr 2020

Mitteilung des Senats vom 15. Juni 2021
(Drucksache [20/1007](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

4. Siebenundzwanzigste Verordnung zum Schutz vor Neuinfektionen mit dem Coronavirus SARS-CoV-2 (Siebenundzwanzigste Coronaverordnung)

Mitteilung des Senats vom 16. Juni 2021
(Drucksache [20/1012](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

5. Beteiligung der Bürgerschaft beim Erlass von Coronaverordnungen – 27.
Coronaverordnung

Mitteilung des Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschusses
vom 18. Juni 2021
(Drucksache [20/1014](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschusses Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/524

Aktuelle Stunde

Für die Aktuelle Stunde ist von den Fraktionen/der Gruppe kein Thema beantragt worden.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/525

Wahl eines Mitglieds des Senats

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt die Abgeordnete Sascha Karolin Aulepp zum Mitglied des Senats.

Frau Sascha Karolin Aulepp leistet gemäß Artikel 109 der Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen vor der Bürgerschaft (Landtag) nachstehenden Eid

„Ich schwöre als Mitglied des Senats, das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und die Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen halten und schützen zu wollen.“

mit folgenden Worten:

„Das schwöre ich.“

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/526

Bleimunition verbieten! – Gesetz zum Verbot bleihaltiger Munition bei der Jagdausübung

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und DIE LINKE

vom 14. Januar 2021

(Drucksache [20/776](#))

D a z u

Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und DIE LINKE

vom 3. Juni 2021

(Drucksache [20/998](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Änderungsantrag zu.

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.

Beschluss:

Der Senat nimmt den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) zur Kenntnis und beschließt die Ausfertigung des Gesetzes und dessen Verkündung im Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen.

Nr. 20/527

Gesetz zur Änderung reise- und umzugskostenrechtlicher Vorschriften

Mitteilung des Senats vom 23. Februar 2021

(Drucksache [20/842](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.

Beschluss:

Der Senat nimmt den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) zur Kenntnis und beschließt die Ausfertigung des Gesetzes und dessen Verkündung im Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen.

Nr. 20/528

Gesetz zur Änderung reise- und umzugskostenrechtlicher Vorschriften

Bericht und Antrag des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses
vom 5. Juli 2021

(Drucksache [20/1038](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/529

Bericht des staatlichen Petitionsausschusses Nr. 20

vom 2. Juli 2021

(Drucksache [20/1039](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuss empfohlen.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/530

Wirksames Luftfilterprogramm aufsetzen: Öffnungen absichern und Leben retten!

Antrag der Fraktion der FDP

vom 1. Juli 2021

(Neufassung der Drucksache [20/935](#) vom 28. April 2021)

(Drucksache [20/1036](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/531

Bienenbestand im Land Bremen statistisch erfassen und schützen

Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE

vom 9. Februar 2021

(Drucksache [20/811](#))

D a z u

Änderungsantrag der Fraktion der CDU

vom 23. Februar 2021

(Drucksache [20/840](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Änderungsantrag zu.

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag wie folgt zu:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. möglichst in Kooperation mit anderen Bundesländern statistische Daten zum Bienenbestand im Land Bremen zu erheben und dabei zu prüfen, ob für Bremen und Bremerhaven Daten aus der bestehenden Meldepflicht von Bienenvölkern beim Veterinäramt genutzt werden können;
2. zu prüfen, inwieweit die Meldepflicht im Land Bremen auf bienenspezifische Krankheiten ausgeweitet werden kann;
3. zu prüfen, inwiefern aus den gewonnenen Erkenntnissen Maßnahmen zum Schutz des Bienenbestands in Bremen und Bremerhaven abgeleitet werden können und entsprechende Planungen vorzunehmen;
4. ein Landesprogramm für viel mehr wilde Blühstreifen für Wildbienen, Totholz, Insektenhotels, insektenfreundliche Bepflanzungen auf Friedhöfen und anderen öffentlichen Flächen zu schaffen und das bereits bestehende Förderprogramm „Bremer Grünlandsäume“ zu evaluieren, mit dem Zweck es attraktiver zu gestalten und dabei vor allem die Förderbedingungen für die Blühsäume anzupassen, um den Nutzerkreis zu erhöhen;
5. ebenso sollen geeignete, entsiegelte, brachliegende Gewerbeflächen, die noch nicht für eine baldige Vermarktung bestimmt sind, zur Zwischennutzung mit entsprechenden Blühflächen insektenfreundlich aufgewertet werden; dies beeinträchtigt nicht die auch kurzfristig mögliche, endgültige Nutzung;
6. in Zusammenarbeit mit dem Amt für Straßen und Verkehr (ASV) und dem Magistrat ein Konzept für insektenfreundliches Straßenbegleitgrün zu erstellen und insbesondere im Rahmen von Sanierungen und Umbaumaßnahmen der Straßen Möglichkeiten für artenreichere, möglichst durchgehende Grünflächen zu prüfen;
7. ein Konzept für ein Förderprogramm für Imkerinnen/Imker in Bremen und Bremerhaven vorzustellen und entsprechende Fördermittel bereitzustellen;
8. auf allen selbst genutzten und verpachteten Grundstücken, in bremischen Betrieben und auf öffentlichen Grundstücken in Bremen und Bremerhaven auf den Einsatz von Pestiziden schnellstmöglich zu verzichten. Die Bürgerschaft (Landtag) bekräftigt ihren diesbezüglichen Beschluss „Insekten schützen – Pestizide verbieten!“ vom 8. November 2018 (Drucksache 19/1739);
9. in einen intensiven Dialog mit der Deutschen Bahn und weiteren zuständigen Verkehrsunternehmen wie der Nordwestbahn, der Metronom

Eisenbahngesellschaft oder der Bremer Straßenbahn AG einzutreten, um den Pestizideinsatz im Bremer und Bremerhavener Verkehrsnetz zu reduzieren;

10. den staatlichen Deputationen für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz, für Klima, Umwelt, Landwirtschaft und Tierökologie sowie für Mobilität, Bau und Stadtentwicklung im Frühjahr 2021 über den Sachstand und bisherige Ergebnisse zu berichten.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis und überweist den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) an die Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau zur weiteren Veranlassung.

Nr. 20/532

Welche Bedeutung hat die faire Verteilung und Organisation von Sorgearbeit in Bremen?

Große Anfrage der Fraktion der FDP
vom 14. Dezember 2020
(Drucksache [20/754](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 2. März 2021

(Drucksache [20/852](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/533

Wird die Corona-Pandemie geschlechtergerecht bewältigt?

Große Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und DIE LINKE
vom 17. Dezember 2020
(Drucksache [20/761](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 2. März 2021

(Drucksache [20/853](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/534

Arbeitsschutz stärken, Beschäftigte schützen

Antrag der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE

vom 26. Januar 2021

(Drucksache [20/800](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. ein Konzept zu entwickeln, um dem seit Jahren zu beobachtenden Trend der Abnahme von Besichtigungskennzahlen für das Land Bremen aktiv entgegenzuwirken. Hierzu bedarf es einer qualitativen und quantitativen Verbesserung der Standards in der staatlichen Arbeitsschutzaufsicht für Bremen und Bremerhaven. Ziel muss es insbesondere sein:
 - regelmäßige Arbeitsschutzkontrollen mittelfristig zu erhöhen, um ab 2026 eine Mindestbesichtigungsquote von fünf Prozent aller Betriebe zu erreichen,
 - eine Zielgröße festzulegen, zum Beispiel eine Mindestanzahl von in der Kontrolle eingesetzten Vollzeitstellen pro 1 000 Betriebe, um den durchschnittlichen Abstand zwischen Kontrollen wieder zu reduzieren und auch den Anteil der Systemprüfungen hoch zu halten,
 - kurzfristig, neben der bereits im Haushalt 2020 als ersten Teilschritt vorgesehenen personellen Verstärkung der Gewerbeaufsicht, 2,5 VZÄ Aufsichtspersonal, eine weitere personelle Verstärkung zum Ausgleich der zusätzlichen Belastungen durch die COVID-19-Pandemie zu erzielen,
 - weitere Maßnahmen bei den Arbeitsschutzkontrollen zu prüfen, die geeignet sind, den Anforderungen einer sich geänderten Arbeitswelt in Bremen und Bremerhaven auch (weiterhin) gerecht zu werden, insbesondere eine Verstärkung der Fortbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen;
2. der staatlichen Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz und der staatlichen Deputation für Wirtschaft und Arbeit binnen sechs Monaten nach Beschlussfassung zu berichten.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis und überweist den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) an die Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz zur weiteren Veranlassung.

Nr. 20/535

Gesetz zur Änderung des Gesundheitsdienstgesetzes

Mitteilung des Senats vom 4. Mai 2021

(Drucksache [20/948](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.

Beschluss:

Der Senat nimmt den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) zur Kenntnis und beschließt die Ausfertigung des Gesetzes und dessen Verkündung im Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen.

Nr. 20/536

Fragestunde

1. Das Hilfsangebot der Familienhebammen in Zeiten der Pandemie
Anfrage der Abgeordneten Ute Reimers-Bruns, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD vom 27. Mai 2021
2. Mieterverein – wann kommt die kostenfreie Mitgliedschaft für Transferleistungsempfänger:innen?
Anfrage der Abgeordneten Falk Wagner, Birgitt Pfeiffer, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD vom 27. Mai 2021
3. Stand des Projektes 5G-Modellregion A27 Bremen-Niedersachsen
Anfrage der Abgeordneten Martin Günthner, Volker Stahmann, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD vom 27. Mai 2021
4. Rechtsberatung im Quartier – eine Erfolgsgeschichte?
Anfrage der Abgeordneten Ute Reimers-Bruns, Falk Wagner, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD vom 27. Mai 2021
5. Unterwanderung der Polizei Bremen und Ortspolizeibehörde Bremerhaven durch religiöse oder politische Extremisten
Anfrage der Abgeordneten Birgit Bergmann, Lencke Wischhusen und Fraktion der FDP vom 27. Mai 2021
6. Wie muss eine Unterschrift auf dem Personalausweis aussehen?
Anfrage der Abgeordneten Sigrid Grönert, Dr. Oguzhan Yazici, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 27. Mai 2021
7. Beteiligung der Bremer und Bremerhavener Polizei an FRONTEX-Einsätzen
Anfrage der Abgeordneten Sofia Leonidakis und Fraktion DIE LINKE vom 31. Mai 2021
8. Inanspruchnahme des Bundesförderprogramms für Lüftungsanlagen in öffentlichen Gebäuden und Versammlungsstätten im Land Bremen
Anfrage der Abgeordneten Carsten Meyer-Heder, Rainer Bensch, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 1. Juni 2021

9. Welchen Stellenwert hat Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) beim Bremer Senat?
Anfrage der Abgeordneten Dr. Magnus Buhler, Birgit Bergmann, Prof. Dr. Hauke Hilz, Lencke Wischhusen und Fraktion der FDP vom 2. Juni 2021
Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von den Antworten des Senats Kenntnis.
10. Gehörlosengeld nach dem Vorbild anderer Bundesländer?
Anfrage der Abgeordneten Sigrid Grönert, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 2. Juni 2021
11. Wann bekommt Bremen eine:n Landestierschutzbeauftragte:n?
Anfrage der Abgeordneten Philipp Bruck, Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 16. Juni 2021
12. Aufnahme von Geflüchteten aus Lesbos: Familienzusammenführung im Rahmen der Dublin-Verordnung
Anfrage der Abgeordneten Sofia Leonidakis und Fraktion DIE LINKE vom 17. Juni 2021
13. Xavier-Naidoo-Konzerte in Bremen und Bremerhaven
Anfrage der Abgeordneten Kai Wargalla, Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 18. Juni 2021
14. Verwendete Schulverwaltungssoftware an Schulen im Land Bremen
Anfrage der Abgeordneten Yvonne Averwesser, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 21. Juni 2021
15. Sinkende Corona-Fallzahlen: Besuchsmöglichkeiten Angehöriger von Straf- und Untersuchungsgefangenen
Anfrage der Abgeordneten Prof. Dr. Hauke Hilz, Birgit Bergmann, Lencke Wischhusen und Fraktion der FDP vom 28. Juni 2021
16. Netzkapazität im Fischereihafen
Anfrage der Abgeordneten Martin Günthner, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD vom 29. Juni 2021
17. Baggerarbeiten im Bereich des Vegesacker Hafens
Anfrage der Abgeordneten Susanne Grobien, Silvia Neumeyer, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 29. Juni 2021
18. Hochschulimpfkampagne jetzt! Wie ermöglichen wir am ehesten Präsenz im Wintersemester?
Anfrage der Abgeordneten Dr. Solveig Eschen, Ilona Osterkamp-Weber, Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 30. Juni 2021
19. Umsetzung des Bürgerschaftsbeschlusses zur Bekämpfung von Lebensmittelverschwendung
Anfrage der Abgeordneten Sülmez Dogan, Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 30. Juni 2021
20. Sicher Schwimmen – auch in Badeseen!
Anfrage der Abgeordneten Prof. Dr. Eva Quante-Brandt, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD vom 30. Juni 2021
21. Digitale Kontaktnachverfolgung: Warum verzichtet Bremen auf die Corona-Warn-App?

Anfrage der Abgeordneten Ilona Osterkamp-Weber, Kai Wargalla, Mustafa Öztürk, Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 1. Juli 2021

Diese Anfragen hat der Senat gemäß § 23 Absatz 4 der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft schriftlich beantwortet.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/537

Bremisches Wohnraumschutzgesetz (WoSchG)

Mitteilung des Senats vom 23. Februar 2021

(Drucksache [20/841](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.

Beschluss:

Der Senat nimmt den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) zur Kenntnis und beschließt die Ausfertigung des Gesetzes und dessen Verkündung im Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen.

Nr. 20/538

Die EU-Whistleblower-Richtlinie umfassend umsetzen

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und DIE LINKE vom 27. Januar 2021

(Drucksache [20/802](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. sich auf Bundesebene für eine zügige und umfassende Umsetzung der EU-Whistleblower-Richtlinie einzusetzen, die sich auch auf Verstöße gegen nationales Recht erstrecken soll;
2. die landesgesetzlichen Spielräume für einen besseren Schutz von Hinweisgeberinnen/Hinweisgebern zu prüfen und der Bürgerschaft (Landtag) binnen eines Jahres nach Beschlussfassung Bericht zu erstatten.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis und überweist den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) an den Senator für Finanzen zur weiteren Veranlassung.

Nr. 20/539

Bessere Bildungsverläufe durch frühe, verbindliche Lernangebote in Vorschulen ermöglichen

Antrag der Fraktion der CDU

vom 1. Juni 2021

(Drucksache [20/980](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/540

Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Zulassung einer öffentlichen Spielbank

Mitteilung des Senats vom 29. Juni 2021

(Drucksache [20/1029](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

Beschluss:

Der Senat nimmt den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) zur Kenntnis und beschließt die Ausfertigung des Gesetzes und dessen Verkündung im Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen.

Nr. 20/541

Gesetz zur Änderung des Bremischen Schulverwaltungsgesetzes

Mitteilung des Senats vom 1. Juni 2021

(Drucksache [20/990](#))

D a z u

Änderungsantrag der Fraktion der FDP

vom 1. Juli 2021

(Drucksache [20/1035](#))

u n d

Änderungsantrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE

vom 5. Juli 2021

(Drucksache [20/1040](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Änderungsantrag der Fraktion der FDP ab.

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Änderungsantrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE zu.

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.

Beschluss:

Der Senat nimmt den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) zur Kenntnis und beschließt die Ausfertigung des Gesetzes und dessen Verkündung im Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen.

Nr. 20/542

Gesetz zur Änderung des Bremischen Hilfeleistungsgesetzes

Mitteilung des Senats vom 6. Juli 2021

(Drucksache [20/1043](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

Beschluss:

Der Senat nimmt den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) zur Kenntnis und beschließt die Ausfertigung des Gesetzes und dessen Verkündung im Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen.

Nr. 20/543

Kindersicherheit stärken, Bußgelder erhöhen!

Antrag der Fraktionen der SPD, DIE LINKE und Bündnis 90/Die Grünen vom 9. Februar 2021

(Drucksache [20/812](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. sich auf Bundesebene für eine Erhöhung des Bußgeldes bei einem Verstoß gegen die Personenbeförderung gemäß § 21 Absatz 1a Straßenverkehrs-Ordnung (StVO) einzusetzen;
2. sich auf Bundesebene verstärkt für einen Kompromiss bezüglich der Novelle der StVO einzusetzen und den Vorsitz der Verkehrsministerkonferenz für dieses Anliegen zu nutzen.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis und überweist den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) an die Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau zur weiteren Veranlassung.

Nr. 20/544

Homeoffice im bremischen öffentlichen Dienst

Große Anfrage der Fraktion der CDU

von 9. Februar 2021

(Drucksache [20/819](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 20. April 2021

(Drucksache [20/918](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/545

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Täterarbeit als Prävention
Große Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und DIE LINKE
vom 26. Januar 2021
(Drucksache [20/793](#))
Dazu
Mitteilung des Senats vom 16. März 2021
(Drucksache [20/872](#))
2. Alle Religionsgemeinschaften im Land Bremen verdienen Respekt und Schutz
Antrag der Fraktion der CDU
vom 15. März 2021
(Drucksache [20/869](#))
3. Potenziale der Abgasminderung in der Seeschifffahrt nutzen
Antrag der Fraktion der CDU
vom 18. Februar 2020
(Drucksache [20/274](#))
4. Potenziale der Abgasminderung in der Seeschifffahrt nutzen
Bericht und Antrag des Ausschusses für die Angelegenheit der Häfen im Lande Bremen
vom 18. März 2021
(Drucksache [20/877](#))
5. Clusterpolitik und Innovationsförderung im Land Bremen
Große Anfrage der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE
vom 23. Februar 2021
(Drucksache [20/847](#))
Dazu

Mitteilung des Senats vom 16. April 2021
(Drucksache [20/900](#))

6. Digitale Gewalt in Bremen besser bekämpfen!
Antrag der Fraktion der FDP
vom 29. April 2021
(Drucksache [20/938](#))
7. Umsetzung der Gewerbeabfallverordnung im Land Bremen für mehr Umwelt-, Ressourcen- und Klimaschutz sicherstellen
Antrag der Fraktion der CDU
vom 27. April 2021
(Drucksache [20/927](#))
8. Psychosoziale Prozessbegleitung vereinfachen, ausbauen und institutionalisieren
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE und der SPD
vom 18. Mai 2021
(Drucksache [20/962](#))
9. Personalsituation im Bereich der Kindertagesbetreuung
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 5. Mai 2021
(Drucksache [20/953](#))
Dazu
Mitteilung des Senats vom 22. Juni 2021
(Drucksache [20/1023](#))
10. Überbetriebliche Ausbildung im Handwerk durch auskömmliche Landeszuschüsse dauerhaft sicherstellen und stärken
Antrag der Fraktion der CDU
vom 1. Juni 2021
(Drucksache [20/981](#))
11. Teilzeitstudienmöglichkeiten im Land Bremen verbessern
Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE
vom 1. Juni 2021
(Drucksache [20/994](#))
12. Verbandsklagerecht im Tierschutz um Anfechtungs- und Verpflichtungsklage erweitern – Gesetz zur Änderung des Gesetzes über das Verbandsklagerecht für Tierschutzvereine
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und DIE LINKE
vom 12. Mai 2021
(Drucksache [20/961](#))
13. Gründung eines Kompetenzzentrums „Faire und nachhaltige Logistik“ im Land Bremen
Antrag der Fraktionen der SPD, DIE LINKE und Bündnis 90/Die Grünen
vom 15. Juni 2021
(Drucksache [20/1006](#))
14. Erweiterung der Branchendialoge: Branchendialog Logistik einführen, regelmäßige Berichterstattung sicherstellen
Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE
vom 15. Juni 2021
(Drucksache [20/1011](#))
15. Corona-Nothilfe für Minijobber:innen bereitstellen, mehr sozialversicherungspflichtige Arbeit ermöglichen
Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE

vom 16. Juni 2021
(Drucksache [20/1013](#))

16. Mitbestimmungsrechte in der Justiz stärken!
Antrag der Fraktionen der SPD, DIE LINKE und Bündnis 90/Die Grünen
vom 22. Juni 2021
(Drucksache [20/1017](#))
17. Hass im Netz entgegnetreten – Opferschutz und Strafverfolgung im Land
Bremen verbessern
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE und der SPD
vom 22. Juni 2021
(Drucksache [20/1018](#))
18. Aus Corona-Erfahrungen lernen – Nichtständigen Ausschusses „Corona-
Pandemie-Folgen“ einsetzen
Antrag der Fraktion der CDU
vom 29. Juni 2021
(Drucksache [20/1028](#))

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.